

Abteilung Bürgerdienste, Soziales und Senioren
OE / SE Amt für Bürgerdienste

20.08.2024
Telefon: 3500

Bezirksamtsvorlage zur Beschlussfassung

für die Sitzung des Bezirksamtes am Dienstag, 27.08.2024

1 Gegenstand der Vorlage

Titel: Zweite Chance für ein mobiles Bürgeramt in Marienfelde
Beschluss der BVV vom 22.03.2023
Drucksache Nr. 0523/XXI

2 Berichterstatter_in

Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt

3 Beschluss

Das Bezirksamt beschließt, die beiliegende Vorlage - Mitteilung zur Kenntnisnahme - an die Bezirksverordnetenversammlung weiterzuleiten.

4 Begründung

Ist der Anlage zu entnehmen

5 Rechtsgrundlage

§ 36 (2) BezVG

6 Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter

Keine

7 Haushaltmäßige / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Keine

8 Mitzeichnung

Keine

Matthias Steuckardt
Bezirksstadtrat

Anlagen

Mitteilung zur Kenntnisnahme

Drucksache Nr. 0523/XXI

Mitteilung zur Kenntnisnahme

des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg von Berlin
über den Beschluss der BVV vom 22.03.2023 Drucksache Nr. 0523/XXI

Die BVV fasste auf ihrer Sitzung am 22.03.2023 folgenden Beschluss:

Die Bezirksverordnetenversammlung ersucht das Bezirksamt zu prüfen, welche geeigneten Standorte in Marienfelde in Frage kommen, um das Angebot eines mobilen Bürgeramtes zu ermöglichen. Hierfür sollen insbesondere bezirkseigene Räumlichkeiten sowie Nachbarschaftszentren im Süden Marienfeldes in Erwägung gezogen werden. Ferner wird das entsprechende Amt darum gebeten, die notwendige technische Ausstattung inklusive der Kosten der Bereitstellung detailliert aufzuführen.

Der Bezirksverordnetenversammlung und dem entsprechenden Ausschuss für Bürgerdienste, Soziales, Senioren und demographischen Wandel ist bis zur Juni-Sitzung 2023 zu berichten.

Das Bezirksamt teilt hierzu mit der Bitte um Kenntnisnahme mit:

Das Bezirksamt hat in der Vergangenheit das Konzept eines mobilen Bürgeramtes im Rahmen des City LAB Berlin erfolgreich erprobt. Auch die vielen positiven Rückmeldungen zur Aktion des Ausbildungsbürgeramtes im Rahmen des Nachbarschaftsfests zeigen, dass die Präsenz im Kiez dazu beitragen kann, die Bekanntheit des Ausbildungsbürgeramtes zu steigern und somit aktive Nachwuchsförderung für das gesamte Bezirksamt zu betreiben. Die Verfügbarkeit geeigneter bezirkseigener Räumlichkeiten in Marienfelde wurde daher von allen Abteilungen eingehend geprüft. Die Anmietung externer Räumlichkeiten, beispielsweise in Gemeindezentren, Kindertagesstätten oder Ladenlokalen, ist aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten weiterhin nicht zielführend.

Aus den Rückmeldungen der Abteilungen ergeben sich potenzielle Standorte in der Seniorenfreizeitstätte "Eduard Bernoth", den Schulgebäuden der Gustav-Heinemann-Oberschule und der Marienfelder Grundschule sowie dem Kinder- und Jugendclub "Haus of fun". Eine abschließende Prüfung der Geeignetheit sowie verbindliche Gespräche mit den Verantwortlichen vor Ort stehen allerdings noch aus.

Zudem verfügt der Fachbereich Bürgeramt momentan nicht über die notwendige eigene Technik zur Durchführung von mobilen Dienstleistungsangeboten. Eine Abfrage zu verfügbaren Angeboten wurde Ende des letzten Jahres an die Bundesdruckerei gestellt. Bundesweit wird jedoch nur ein sehr begrenztes Kontingent an Bürgeramtskoffern angeboten. Die Bürgeramtskoffer werden – je nach Verfügbarkeit und Lieferfähigkeit der einzelnen Komponenten – sukzessive hergestellt und ausgeliefert. Inzwischen wurde ein Bürgeramtskoffer beschafft, welcher noch für den tatsächlichen Einsatz zu konfigurieren ist. Aktuell gibt es keine ausreichenden personellen Ressourcen, um die Konfiguration vorzunehmen. Die vorhandenen Ressourcen werden dafür benötigt, den regulären Dienstbetrieb in den Bürgerämtern abzusichern.

Ferner erneuert das Bezirksamt seine grundsätzlichen fachlichen Bedenken bezüglich des mobilen Angebots von Bürgeramtsdienstleistungen. Das mobile Angebot ist technisch bedingt deutlich langsamer, bindet mehr Personal als an den regulären Standorten und bedeutet einen erheblichen organisatorischen sowie logistischen Mehraufwand. Auch die Wirtschaftlichkeit des Angebots wird angezweifelt, sodass durch das Projekt ein Budgetverlust zu erwarten wäre. Zum aktuellen Zeitpunkt würde sich der Aufwand für ein temporäres Angebot an weiteren Standorten unverhältnismäßig stark auf das Terminangebot an den regulären Standorten auswirken. Hierbei ist zu bedenken, dass in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Wahlereignisse bereits erhebliche Personalkapazitäten im Fachbereich Bürgerämter gebunden wurden.

Angesichts dessen hält das Bezirksamt an dem Wunsch eines mobilen Bürgeramtsangebots in Marienfelde fest, wird diesen allerdings erst umsetzen können, wenn die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen worden sind und die Personalkapazitäten dies bedenkenlos zulassen. Unter dem Strich bleibt festzustellen, dass ein solches Angebot nicht wirtschaftlich betrieben werden kann und ein Budgetverlust die Folge wäre.

Es wird daher darum gebeten, die Drucksache 0523/XXI als erledigt anzusehen.

Berlin Tempelhof-Schöneberg, den 27.08.2024

Jörn Oltmann
Bezirksbürgermeister

Matthias Steuckardt
Bezirksstadtrat